Klingenstadt

Deutsche Kommunistische Partei DKP

Stadtzeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Solingen — Januar/Februar 2021

Kommunen am Limit: Wer zahlt für Corona?

Das Virus hat uns fest im Griff. Vieles ist eingeschränkt oder gar nicht mehr möglich: die Kultur, Gastronomie, Bildung, Reisen, das politische Leben, die persönlichen Kontakte. Die hohen Infektionszahlen machen Angst. Maßnahmen greifen nicht. Was kommt noch auf uns zu?

Hart trifft es die Menschen, die wenig haben, die mit kleinem Einkommen, mit Sozialhilfe, mit kleiner Rente. Wie soll man das Leben organisieren? Für Familien mit Kindern eine große Herausforderung. 40 % der Beschäftigten sind in Kurzarbeit. Weniger Geld und trotzdem steigen die Preise.

Hart trifft es u. a. Gastronomie, Einzelhandel, Kulturschaffende und Selbstständige. Zuschüsse helfen über die Runde, doch die Pleitewelle ist vorhergesagt

Die Krise hat auch ihre Gewinner

Schon am 8. Oktober 2020 meldete das Solinger Tageblatt auf der Wirtschaftsseite: „Corona-Krise verschärft den Trend – Superreiche werden immer reicher“. Und weiter: „Den größten Zuwachs erzielten die Dollar-Milliardäre nach Ausbruch der Pandemie in den Bereichen Technologie (+40 %), Gesundheitswesen (+12 %) und Finanzwesen (+11 %)“. Gewinner sind auch Amazon & Co. Hinzu kommen großzügige Hilfen an Konzerne wie die Lufthansa und TUI.

Gewinner sind die Aktionäre der Kriegswaffenherstellung. Schon im vergangenen Jahr stiegen die Rüstungsausgaben um 10 %. Die höchste Steigerungsrate unter den 15 größten Militärmächten. So wird Deutschland zum Rüstungsweltmeister. Kriegswaffenprojekte sind beschlossen für Kampfdrohnen, 135 Kampfflugzeuge (darunter 30, die Atombomben Richtung Russland transportieren können), neue Kriegsschiffe und weitere Ausrüstung.

Wie geht es mit der Stadt Solingen weiter?

Schon jetzt ächzt die Stadt Solingen unter ihren Schulden. Die Einnahmen brechen weg, z. B. bei der Gewerbe- und Einkommenssteuer – und das bei steigenden Kosten für Sozialausgaben und Leistungen in Folge von Corona. Schon im vergangenen September wurden die Corona-Kosten für Solingen mit 67 Millionen Euro benannt. Landeshilfen zum Ausgleich reichen da bei weitem nicht aus. Das Land empfiehlt den Städten, die Corona-Kosten einfach in „Schattenhaushalte“ wegzudrücken und über 50 Jahre abzuschreiben.

So bleibt die Stadt wohl auf einem riesigen Kostenberg sitzen. Und das kommt zu den Altschulden dazu. OB Kurzbach wird im Tageblatt vom 9. Januar 2020 so zitiert: „Werden wir mit diesem Problem allein gelassen, werden das die Menschen im Bergischen in ihrem Alltag merken. Und das können wir nicht zulassen.“

Gleichzeitig wird die „Schwarze Null“ wieder belebt. Danach darf die Stadt keine neuen Schulden machen. Aber wie werden dann die steigenden laufenden Kosten finanziert? Bildung, Kultur, öffentliches Leben, Zuschüsse für das Klinikum, Soziales, Ökologisches, ÖPNV - droht so eine neue Streich- und Kürzungsorgie?

Verbündete hat die Stadt im „Deutschen Städtetag“. In einer Pressemitteilung heißt es: „Wir müssen verhindern, dass in Zukunft in vielen Städten der Rotstift regiert“. Die kommunale Selbstverwaltung ist jetzt schon eingeschränkt; ohne die Bezirksregierung läuft nichts.

Den Lobbyisten in Berlin und Brüssel, die für das Monopolkapital unterwegs sind, denen sind kommunale Selbstverwaltung und öffentliche Daseinsfürsorge ein Dorn im Auge. Denn aus ihrer Sicht kann sich das nur hemmend auf ihre grenzenlose Profitgier auswirken. Noch mehr Privatisieren - das ist ihre Lösung.

Was wollen wir?

Wir fordern:

- die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums,
- mehr Geld für Soziales, die öffentliche Daseinsfürsorge, die ökologische Verkehrswende, für Bildung und Kultur,
- die Reichen sollen zahlen: wirksame Vermögens- und Erbschaftssteuern, scharfe Maßnahmen gegen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung. *(weiter Seite 2)*

Wir fordern:

- Soforthilfen für Bedürftige, für Rentnerinnen und Rentner, Hartz-IV-Empfänger*innen und alle Menschen mit niedrigen Einkommen,
- den Ausbau öffentlicher sozialer Einrichtungen, Organisationen und Vereine,
- Geld für die Städte und Gemeinden,
- Maßnahmen gegen Kinderarmut,
- öffentlichen sozialen Wohnungsbau, Einschränkung des Einflusses von Investoren und Bauhaien.
- Abrüstung jetzt! Ende der Rüstungsproduktion und des Kriegswaffenexports. Von unserem Land muss in jeder Hinsicht Frieden ausgehen

Diese Forderungen sind nur mit Widerstand und Druck zu erreichen!

Unser Kommentar

Ein Lichtblick für Solingen

Doch noch ein Lichtblick im wenig erfreulichen Jahr 2020: Das Klinikum scheint „über den Berg“ zu sein. Wo doch das Aus als kommunales Krankenhaus oder das Kleinschrumpfen in ein Krankenhaus für die Notfälle in der Stadt drohte. Hundertausende Euro flossen in die Taschen von „Beratern“. Ergebnis gleich Null. Dann kam die Idee mit der Zusammenarbeit mit dem Klinikum in Leverkusen – auch nichts. Es schien aussichtslos.

Aber der öffentliche Druck durch Presseveröffentlichungen, das Wirken von Pro-Klinikum-Bündnissen und auch die Aktionen der Belegschaft - das alles schaffte die Stimmung in der Stadt: Wir wollen unser kommunales Klinikum behalten. Niemand konnte und kann sich dem mehr entziehen.

Protest der Beschäftigten gegen die Ausgliederung von Abteilungen aus dem Städtischen Klinikum

Auch zukünftig muss es heißen: Standhaft gegen Profitgier

Ideen der Beschäftigten aufnehmen

Dann kam als neuer Geschäftsführer des Städtischen Klinikums Herr Dr. Eversmeyer aus Herford, wo er schon ein Krankenhaus saniert hatte. Als er damals seine Pläne vorlegte, schrieben wir in der „Klingenstadt“: „Viele seiner Ideen sind gut. Vor allem will er auf die Betroffenen hören und Anregungen aus ihrem Kreis, die bisher nicht aufgegriffen und umgesetzt wurden, anpacken. Da sieht er viele Möglichkeiten. Was das betrifft, gibt er der bisherigen Führung einschließlich des Aufsichtsrates keine guten Noten“.

Neuinvestitionen schließen keine Ausgliederungen aus

Jetzt ist die Politik voll des Lobes über seinen „Masterplan“. Wo es bisher gehakt hat, da soll es jetzt flutschen: Bis 2025 werden rund 120 Millionen investiert. Allein 80 Millionen fließen in den Neubau von Haus G. Insgesamt sei man mit einem Gesamtkonzept gut für die nächsten Jahre aufgestellt. Auch der Betriebsrat ist angetan, wenngleich Ausgliederungen und Schließung von Abteilungen nicht ausgeschlossen werden. Die Beschäftigten tun gut daran, weiterhin „auf der Hut zu sein“. Wir werden es auch sein.

Ernste Lage

Corona hält uns in Atem - das Virus ist tückisch. Die Menschen, die schon mal daran erkrankt waren, wissen es und möchten es nicht nochmals erleben. Zu den Langzeitwirkungen ist noch nichts erforscht. Es bleibt zu hoffen, dass es mit den Impfungen zukünftig reibungsloser klappt als der Start. Aktuell liegt die Inzidenzzahl über 100, mehr als 120 Menschen sind in Solingen an und mit dem Virus gestorben.

Unsere Gedanken gehen zu den Verstorbenen und zu ihren Angehörigen. Wir denken aber auch an die in den Krankenhäusern arbeitenden Pflegekräfte, Ärzt*innen und alle anderen, die helfen, den Betrieb in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen am Laufen zu halten - bis an den Rand ihrer Möglichkeiten. Das Gesundheitssystem steht vor dem Kollaps.

Es rächt sich, dass Krankenhäuser und die Pflege wirtschaftlichem Zwang unterworfen wurden. Es heißt, „sie müssen sich rechnen“, also Profit, Erlös abwerfen. Private Krankenhäuser müssen ihren Aktionären 15 % Rendite verschaffen. Das Klinikum Solingen hatte zuletzt mit 500.000 Euro jährlich den städtischen Haushalt mitfinanzieren müssen.

Das ist der falsche Weg. Das Gesundheitswesen ist nicht für den Profit da, es gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Notwendig ist deshalb, dass von den Krankenkassen und aus Steuergeldern das bezahlt wird, was die Krankenhäuser für die Behandlung der Patient*innen und für den Betrieb des Hauses, einschließlich notwendiger Investitionen, tatsächlich auch brauchen.

Lehren aus Corona ziehen

Corona lehrt uns: Ein beträchtlicher Teil des Reichtums unserer Gesellschaft muss in das Gesundheitswesen gesteckt werden. Vermögens- und Erbschaftssteuer sind Möglichkeiten, mit denen die fehlenden Gelder beschafft werden können. Krankenhäuser zu schließen oder Betten abzubauen, das passt nicht in die Zeit.

Corona lehrt auch: Es kommt auf die Beschäftigten an, Pflegekräfte, Ärzt*innen, eben alle, die Dienst am Menschen machen. Und dieses Personal muss anständig bezahlt werden. Applaus von Balkonen oder einmalige Bonuszahlungen sind zu wenig. So kann es nicht gelingen, zusätzliche Pflegekräfte für diese wichtige Aufgabe zu gewinnen.

Noch ein Wort zur Bundeswehr, die zurzeit im medizinischen Bereich aushilft. Einige begrüßen ihren Einsatz dort. Aber Soldat*innen sind dafür da, um Kriege zu führen! Wir wollen ausreichend gut bezahlte und motivierte Beschäftigte in allen Gesundheitseinrichtungen. Für die Bundeswehr wird mit Millionen an Steuergeldern geworben. Wenn mit diesem Aufwand für Pflegeberufe geworben würde, dann wäre das der richtige Weg.

Quelle: diego-maradona-kuba-fidel-castro-hugo-chavez-besuc
Estudios Revolución/Archivo de Cubadebate

Zwei Mutmach-Fotos in Zeiten, in denen wegen Corona mit Sport nicht viel möglich ist. Diego Maradona, der Meister, „die 10“, hat uns immer erfreut. Jetzt lebt er nicht mehr. Er starb nur einen Monat nach seinem 60. Geburtstag und genau vier Jahre nach dem Tod seines Freundes und politischen Wegweisers Fidel Castro.
Er hat nie vergessen, wo er herkam. Was „unten sein“ bedeutet, das wusste er wohl. Und ohne mit der Wimper zu zucken, wiederholte er den Reporter*innen seine Zuneigung zu Cuba, zum Bolivarischen Venezuela und

Quelle: fa25bac3-eecd-48d6-ba83-0de111cac8fb
Ismael Francisco / Cubadebate

zum neuen Bolivien. Fidel, Che und Hugo Chavez hat er verehrt. Sie ihn auch.
Auf Cuba half man ihm, vorübergehend von seiner Drogensucht weg zu kommen. Sie haben ihm dort damals das Leben gerettet. Zu seinem Leben gehörten aber auch viele Eskapaden, viel Auf und Ab, worauf sich die sensationslüsterne Reportermeute immer stürzte. Aber er blieb sich treu als einer, dessen Herz für die „kleinen Leute“ und deren Befreiung von Finanzimperialismus schlägt.

Borbet-Beschäftigte sind zäh

Borbet, besser bekannt als ehemals Kronprinz Aluguss, sitzt in Solingen auf der Weyerstraße und ist auf die Herstellung von Felgen spezialisiert. Knapp 700 Kolleginnen und Kollegen sind dort beschäftigt. Weitere Werke gibt es in Bad Langensalza, Kodersdorf, Medebach-Hesborn und Niederneusching.

Die Solinger Belegschaft ist gut organisiert: 500 Beschäftigte sind in der IG Metall, wie von dort mitgeteilt wurde. Die Beschäftigten und ihr Betriebsrat sind durch schwere See gegangen. Das Arbeitsgericht Solingen löste den Betriebsrat auf Antrag der Geschäftsleitung im Januar 2020 auf. Er habe, so die Begründung, in rechtsmissbräuchlicher Weise seine Kompetenzen überschritten und gegen das Betriebsverfassungsgesetz verstoßen. Im Juni 2020 folgte das Landesarbeitsgericht der Entscheidung der Solinger Richterkolleg*innen. So wurde höchstrichterlich wieder mal der „Herr im Haus“-Standpunkt der Unternehmer bekräftigt.

Doch Aufgeben gilt nicht. Eine Betriebsrats-Neuwahl wurde angesetzt. Der Bevollmächtigte der IG Metall Remscheid-Solingen, der Kollege Markus Röhrig, bestätigte in der Zeitung „lebensstadt“ der Linkspartei Solingen: „Ein neuer Betriebsrat ist im Amt. Im Übrigen wurden zahlreiche Betriebsräte bestätigt und auch wieder in den neuen Betriebsrat gewählt“.

Im Mai hat Borbet den Tarifvertrag für die Solinger Beschäftigten gekündigt wegen „schwerwiegender wirtschaftlicher Lage“. Das darf bezweifelt werden. Wie die Zeitung „Junge Welt“ erfahren hat, betrug der Jahresüberschuss des Konzerns im Jahr 2018 immerhin 69 Millionen Euro. Also, nicht schlecht. Die IG Metall ist zudem zurecht auf dem Standpunkt, dass Corona-bedingte Folgen von Produktionsstockungen, also Umsatzeinbußen, nicht auf die Belegschaft abgewälzt werden dürfen. Die Gewerkschaft zweifelt an, dass es Umsatzeinbußen gibt und verlangt umfassende Transparenz.

Ein anderes Thema ist die von Borbet gewollte Änderung des Schichtverfahrens. Die Beschäftigten wollen auf jeden Fall am bewährten 4,5-Schicht-System festhalten. Was die Geschäftsleitung will, so meint die IG Metall, führe zu beträchtlichen Einkommenseinbußen. Eine weitere Forderung zielt darauf, dass Borbet einen Tarifvertrag bekommen muss. Und das für alle Borbet-Standorte in Deutschland.

Der IGM-Bevollmächtigte Markus Röhrig schildert in der „lebensstadt“ die aktuellen Entwicklungen: „Die Gewerkschaft reagierte jetzt mit ersten Warnstreiks. Seit dem 8. Dezember wurden mehrere Schichten lahm gelegt. Obwohl die Werksleitung Streikbrechern erst 100 Euro, dann 200 Euro „Prämie“ anbot und überall im Betrieb Plakate dagegen aufhängen ließ, verliefen die Streiks mit enormer Beteiligung der Kolleginnen und Kollegen. Ebenfalls versuchte die Werksleitung den Geschäftsführer der IG Metall zum Verlassen der Werkshallen zu bewegen und drohte ihm mit Strafanzeige“.

Der Kampf wird mit aller Härte geführt. Beschäftigte und ihre Gewerkschaft haben unsere Unterstützung. Sie brauchen sie auch.

Solidaritätsaktion mit den streikenden Kolleginnen und Kollegen von Ver.di

Polizeigewalt gegen LLL-Demonstrant*innen in Berlin

Alljährlich wird in Berlin mit einer großen Demonstration der Ermordung der Arbeiterführer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 15. Januar 1919 gedacht. Es sind dann Tausende, die auf die Straße gehen. Viele Berliner*innen und Linke aus vielen Städten der Bundesrepublik machen sich auf zu einem Spaziergang mit einer roten Nelke in der Hand zur Gedenkstätte in Berlin-Friedrichsfelde.

Dieses Jahr wurden die Demonstrant*innen schon vor Beginn am Frankfurter Tor von der Polizei attackiert. Die Staatsmacht ging gegen eine Gruppe vor, die teils Hemden, Fahnen oder Aufnäher der FDJ trugen. Es handle sich bei der FDJ um eine „verfassungswidrige Organisation“, so die Begründung für den Zugriff der Polizei.

Die Beamt*innen gingen mit großer Brutalität vor. Das belegen Bilder, die im Internet zu sehen sind. Ein auf Twitter veröffentlichtes Video zeigt einen Beamten, der mit gestrecktem Bein in eine Gruppe junger Menschen springt und dabei auf Kopfhöhe nach Demonstrant*innen tritt.

Insgesamt seien laut Auskunft von Beobachter*innen 32 Personen festgenommen worden, 56 Ermittlungsverfahren sind anhängig. Es soll 17 Verletzte gegeben haben.

Die Veranstalter*innen protestierten scharf. Von dort hieß es, die Polizei sei mit massiver Härte in die Demonstration hineingegangen und habe damit alle Corona-Sicherheitsregeln mutwillig missachtet und die Teilnehmenden zusammengedrängt. Auch die Grüne Jugend Berlin und der Innenexperte der Linkspartei meldeten sich mit Kritik zum Polizeivorgehen.

Erstmals seit vielen Jahren griff die Polizei die Liebknecht-Luxemburg-Demonstration an. Warum? Offensichtlich ist in den Köpfen der Polizeiobrigkeit und der Stadteliten in Berlin der Hass auf Links fest verankert. Wirken sich so Nazi-Netzwerke aus? Sollen so Menschen vor der Teilnahme an Demonstrationen gegen Rassismus und Nazis, für Frieden und Abrüstung, für den Erhalt der demokratischen und sozialen Rechte abgeschreckt werden? Und das alles unter der Ober-Führung einer „rot-rot-grünen“ Landesregierung.

Am Sonntag, den 15. November 2020 legten Vertreter*innen der DKP Solingen, der Partei DIE LINKE Solingen und der SDAJ Solingen Blumen an den Gräbern für die Zwangsarbeiter*innen aus der Sowjetunion und der Republik Polen nieder.

In einer kurzen Ansprache wurden die Nutznießer dieses Verbrechens, „ehrenwerte“ Solingen Betriebe und die Stadtverwaltung, benannt und die Leiden der Zwangsarbeiter*innen geschildert.

Den Bezug zur Gegenwart erhielten die Aussagen indem appelliert wurde, immer und überall für Menschenrechte und Menschenwürde einzutreten, die Gefahr von Rechts, die immer drohender wird, gemeinsam abzuwehren.

Damit sei ausdrücklich die Verteidigung der humanistischen Werte des Grundgesetzes (Artikel 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“) gemeint – ebenso wie der Schwur von Buchenwald. Als direkte Mahnung und Aufforderung zum gemeinsamen Handeln sei die Aussage von Bertolt Brecht zu verstehen: „Der Schoß ist fruchtbar noch“.

Schüler*innen wehren sich gegen NRW-Schulpolitik

Das Thema Corona und Schule ist noch immer viel diskutiert. Bis eine Woche vor den offiziellen Weihnachtsferien wurde der Präsenzunterricht unverändert fortgesetzt. Trotz konstant hoher Neuinfektionszahlen jeden Tag weigerte sich vor allem NRWs Bildungs- und Schulministerin Yvonne Gebauer lange, die Präsenzpflicht in Schulen auszusetzen. Erst auf erhöhten Druck von allen Seiten wurden die Schulen dann für eine Woche geschlossen und es gab verpflichtenden Onlineunterricht für alle Schüler und Schülerinnen.

Diese Entscheidung wurde viel zu spät getroffen. Im sogenannten „Lockdown Light“ gab es schon strenge Kontaktbeschränkungen für das private Leben. Trotzdem gingen die Infektionszahlen nicht runter. Dass dies nicht zuletzt an offen gehaltenen Schulen und Betrieben liegt, dürfte den meisten klar sein.

In Solingen war das Infektionsgeschehen im Vergleich zu anderen Städten sehr hoch. Deswegen sollte schon ab dem 4. November 2020 der „Solinger Sonderweg“ in Kraft treten, bei dem die Schüler*innen in zwei Hälften geteilt werden: eine Hälfte sollte in der Schule präsent sein, während die andere Hälfte online am Unterricht teilnimmt. Diese Gruppen sollten sich im wöchentlichen Turnus abwechseln. Man wollte damit das Abstand halten ermöglichen und Quarantänemaßnahmen für ganze Kurse sowie Komplettschließungen verhindern.

Am Nachmittag des 3. November 2020 traf dann jedoch der Erlass der Landesregierung in Solingen ein, in dem das Solinger Konzept verboten wurde. Eine eindeutige Begründung wurde nicht genannt, es wurde aber auf bereits bestehende Regelungen und das Recht auf Präsenzunterricht für alle verwiesen. Die Schulen und die Stadt reagierten auf diese Entscheidung verständnislos. Der Hybridunterricht war sorgfältig geplant gewesen und hätte dem Infektionsgeschehen vermutlich entgegengewirkt.

Auch die Solinger Schüler*innenvertretungen taten ihrem Unmut über dieses Verbot kund und verfassten einen offenen Brief an Yvonne Gebauer. Sie unterstützten den Solinger Weg, da mittlerweile fast alle Schulen von Corona betroffen waren. In vielen Schulen gab es massiven Unterrichtsausfall, da Lehrer*innen in Quarantäne waren. Im Gegensatz zum Frühjahr wurde außerdem weiter an Modellen für funktionierenden Online-Unterricht gefeilt. Diese Modelle hätten umgesetzt werden können.

Auch wir halten die Schulschließung für viel zu spät geschehen. Dass auch Online-Unterricht in einer Klassengesellschaft keine perfekte Lösung ist, ist klar. Im Zweifelsfall stehen jedoch die Leben von Schüler*innen, Lehrkräften und Angehörigen im Vordergrund. Diese wurden durch die offen gehaltenen Schulen unnötig massiv gefährdet.

SDAJ Solingen

Ausbildung in Corona-Zeiten

Die Auszubildenden in der Metall- und Elektroindustrie nehmen meist für mehrere Monate an überbetrieblichen Kursen im Berufsbildungszentren der Wirtschaft teil. In vielen Fällen müssen Mund-Nase-Bedeckungen aufgesetzt werden, da nicht genug Abstand eingehalten werden kann. Präsenzunterricht und -ausbildung sind nach Ansicht der Betriebsführung unumgänglich, da weder Betriebe noch Berufsschulen zu 100 % auf Online-Unterricht vorbereitet sind. Die wirtschaftlichen Auswirkungen im Fall von Betriebsschließungen sind der Grund, weshalb die Azubis gezwungen sind, sich einer solchen Gesundheitsgefährdung auszusetzen.

Desinfektionsmittel ist nicht immer vorhanden, da die Versorgung nicht vom Berufsbildungszentrum selbst übernommen, sondern an einen Hausmeisterservice ausgelagert wird. Dieser Zustand wurde kollektiv von uns Azubis kritisiert und auch auf unseren Druck hin aufgehoben. Da das Berufsbildungszentrum von der privaten Wirtschaft betrieben wird und deshalb auch profitabel arbeiten soll, wurden dort bereits vor Beginn der Corona-Krise Dozent*innen und Ausbilder*innen eingespart. Von den Auszubildenden wird daher kritisiert, dass die Ausbilder*innen zu wenig Zeit zur Unterstützung der Azubis haben und deshalb in den eigentlich zeitlich knappen Ausbildungsabschnitten z. B. bei Fragen sinnlose Wartezeiten entstehen, die in anderen Arbeitsphasen durch Zeitdruck ausgeglichen werden.

In meinem Bildungsgang gibt es Azubis, die Angehörige pflegen, Kinder betreuen oder finanziell und sozial auf sich selbst angewiesen sind. Diese haben dadurch einen Nachteil gegenüber Azubis, die sich komplett auf ihre Ausbildung konzentrieren können. Wir halten diese Zustände für unhaltbar! Statt unsere Gesundheit und das Leben unserer Angehörigen durch Präsenzveranstaltungen aufs Spiel zu setzen, brauchen wir endlich einen sinnvollen Lockdown und eine gute Ausstattung mit Laptops für eine kostenlose Berufsbildung von zuhause aus! Während viele Unternehmen trotz der Corona-Krise riesige Profite einfahren, werden gleichzeitig mit dem Argument der vermeintlichen Arbeitsplatzsicherung Hunderttausende in Kurzarbeit geschickt. **Wir sagen: Schluss mit diesen prekären Verhältnissen! Das Geld für eine gut ausgestattete Bildung und Arbeit aus dem Home-Office heraus ist da! Zeit es uns zu holen!**

Nazis mit Beamtenstatus: Immer mehr Einzelfälle?

Die Zahl der entdeckten Fälle von rechten und rassistischen Umtrieben in bundesdeutschen Behörden weitet sich immer weiter aus. Fast täglich werden neue Verbindungen von Mitarbeiter*innen der Polizei, der Bundeswehr, des Geheimdienstes und anderer Behörden ins rechte Milieu entdeckt. Immer neue Nazi-Sprüche und Hakenkreuze, Drohungen gegen Andersdenkende und Ausländer*innen, findet man in versteckten Chatrooms, in denen sich Polizist*innen austauschen. Ganze Polizeireviere werden untersucht, Beamt*innen werden suspendiert und Polizeicomputer beschlagnahmt, mit denen Drohbriefe an linke Politiker*innen und Rechtsanwält*innen verschickt wurden.

In der Bundeswehr und in den militärischen Eliteeinheiten das gleiche Bild: Nazikameradschaften, Traditionsabende mit Wehrmachtsbezug und gegrölten Naziliedern kommen ans Tageslicht, Waffen und Munition verschwinden in großen Mengen. In den Geheimdienstabteilungen tauchen Sympathisanten von Neonazis und Rassisten auf. Auf Polizei- und Bundeswehrschießbahnen fanden Trainings von Rechtsterroristen der Gruppe Nordkreuz statt. Man bereit sich auf den Tag X vor, Todeslisten von politischen Gegner*innen existieren.

Die Reaktionen der Bundesregierung und der Justiz: verhalten und verharmlosend. Wie immer sind es *„nur Einzelfälle von einigen verwirrten Polizisten, Soldaten und Behördenmitarbeitern“*. Nach Meinung des Innenministers und der Verteidigungsministerin gibt es keinen Beweis für rechte Netzwerke, eine Rassismus-Studie zur Klärung rechter Verhaltensmuster in der Polizei wird strikt abgelehnt. Aufgeklärt werden nur solche Fälle, die beim besten Willen nicht mehr zu vertuschen sind. Viele Verdachtsfälle versehen weiter ihren Dienst bei vollen Bezügen.

Wie lange will man der Bevölkerung noch das Märchen von den vielen Einzelfällen verkaufen? Die Entwicklungen der letzten Zeit belegen nur zu deutlich: Längst gibt es in den staatlichen Organen feste Strukturen und Netzwerke von Neonazis und Rassisten, die auf ihre Chance warten. Auch wenn es in Polizei und Behörden noch eine Minderheit ist, gilt es, die braunen Nester endlich auszuheben und nicht weiter zu verharmlosen und zu vertuschen. Bevor es zu spät ist.

DKP Solingen

Weitere Informationen: www.dkp-solingen.de

V.i.S.d.P.: Horst Krämer, Melanchthonstr. 5, 42653 Solingen

Quelle: https://vvn-bda.de/

Rechte Corona-Leugner missbrauchen Namen von Widerstandskämpfer*innen

Am 9. Mai 1921, also vor hundert Jahren, wurde Sophie Scholl geboren. Sie gehörte zusammen mit ihrem Bruder Hans Scholl sowie Christoph Probst, Alexander Schmorell, Willi Graf und Kurt Huber zum Kern der Widerstandsgruppe „Weiße Rose“.

Im Sommer 1942 und zu Beginn des Jahres 1943 verbreitete die studentische Widerstandsgruppe „Die Weiße Rose“ erst in München, dann auch im süddeutschen Raum sowie in Linz, Salzburg und Wien Flugblätter gegen Hitler und das nationalsozialistische Regime. Sie forderte darin zunächst zum passiven Widerstand auf, aber schon bald auch zum Sturz der Regierung. Die Flugblätter der „Weißen Rose“ waren politisch hoch motiviert und entstanden aus der Überzeugung heraus, dass man nicht mehr schweigend zuschauen dürfe, sondern Widerstand gegen das verbrecherische System leisten müsse (die Flugblätter sind nachzulesen unter https://www.weisse-rose-stiftung.de/widerstandsgruppe-weisse-rose/flugblaetter/). Beim Auslegen eines Flugblattes wurden Hans und Sophie Scholl dann am 18. Februar 1943 in der Münchner Universität verhaftet.

In der Münchner Gestapo-Zentrale wurde Sophie vom 18. bis 20. Februar verhört. Vier Tage nach ihrer Verhaftung, am 22. Februar 1943, wurde sie in München vom Volksgerichtshof wegen „landesverräterischer Feindbegünstigung, Vorbereitung zum Hochverrat und Wehrkraftzersetzung“ zum Tode verurteilt. Unmittelbar danach, gegen 17 Uhr, wurde sie gemeinsam mit Hans Scholl und ihrem am 20. Februar festgenommenen Studienkollegen Christoph Probst mit der Guillotine enthauptet.

In ganz Deutschland wurden Straßen, Plätze und öffentliche Einrichtungen nach der „Weißen Rose“ und

den Geschwistern Scholl benannt. In Solingen ist es die Geschwister-Scholl-Gesamtschule.

Um diese historischen Zusammenhänge wissend ist es umso perfider, wenn eine „Jana aus Kassel“ sich bei einer „Querdenker“-Demonstration in Hannover auf die Bühne stellt und unter Applaus sagt: „Ich fühle mich wie Sophie Scholl, da ich seit Monaten aktiv im Widerstand bin, Reden halte, auf Demos gehe, Flyer verteile und auch seit gestern Versammlungen anmelde“ (…) „Ich bin 22 Jahre alt, genau wie Sophie Scholl, bevor sie den Nationalsozialisten zum Opfer fiel“, fährt sie dann fort. Sie werde niemals aufhören, sich für Freiheit, Frieden, Liebe und Gerechtigkeit einzusetzen. Diese Äußerungen sind kein Einzelfall. Unter den Veranstalter*innen der Corona-Protestaktionen kommt es zunehmend in Mode, den Faschismus relativierende Vergleiche in ihre Bühnenauftritte und Darstellungen einzubauen. Waren es zuerst „Judensterne“, die mit Losungen gegen eine angebliche Zwangsimpfung versehen auf Kundgebungen gezeigt wurden, dann waren es später weitere gezielte Provokationen. In Stuttgart schoben Eltern eine Elfjährige auf die Bühne, die unter dem Beifall der Zuhörer*innen erzählen durfte, sie habe sich wie Anne Frank gefühlt, weil sie ihren Geburtstag nur heimlich mit Freundinnen feiern konnte.

Im vergangenen November skandierten Demonstrant*innen in Berlin bei der Beratung des Bundestages über das Infektionsschutzgesetzes, man müsse „Widerstand gegen ein neues Ermächtigungsgesetz“ leisten.

Solche Faschismus-Vergleiche sind bei den Organisator*innen der Corona-Proteste keine „Ausrutscher“, sondern bewusste Provokationen. Man versucht die in der Mehrheit der Bevölkerung vorhandene Grundeinstellung über die faschistischen Verbrechen für die eigenen Zwecke zu instrumentalisieren.

Gleichzeitig wird damit eine Verharmlosung der tatsächlichen NS-Herrschaft betrieben, indem aktuelle administrative Maßnahmen zur Bekämpfung einer medizinischen Pandemie mit dem systematischen Staatsterror des NS-Regimes gegen politisch Andersdenkende, gegen religiöse und rassistisch Verfolgte gleichgesetzt werden. In der Konsequenz würde das heißen: das Naziregime mit seinen Massenverbrechen kann gar nicht so schlimm gewesen sein.

Bei solchem Geschichtsrevisionismus wird auch verständlich, warum sich „Reichsbürger“ und Neonazis bei diesen Veranstaltungen durchaus zuhause fühlen. Hier treffen sich verwandte Überzeugungen – nicht nur in der Kritik der Entscheidungen der Bundes- und Landesregierungen.

Deshalb ist es richtig und wichtig, wenn Demokrat*innen sich solchen Corona-Protesten aktiv widersetzen. Die Erinnerung an den antifaschistischen Widerstand, das Gedenken an die millionenfachen Opfer der faschistischen Vernichtungspolitik und der militärischen Expansion verpflichtet uns, gegen jede Form von alltäglichen Geschichtsrevisionismus aufzutreten.

Rosa Luxemburg zum 150. Geburtstag

In diesem Jahr wäre Rosa Luxemburg, geboren am 5. März 1871, 150 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlass wollen wir in den diesjährigen Ausgaben der „Klingenstadt“ an sie und ihre Werke erinnern. Da wir am 8. März auch den Internationalen Frauentag feiern, wählen wir dieses Mal einen Ausschnitt aus Ihrem Aufsatz „Frauenwahlrecht und Klassenkampf“:

„Einer der ersten großen Verkünder der sozialistischen Ideale, der Franzose Charles Fourier, hat vor hundert Jahren die denkwürdigen Worte geschrieben: In jeder Gesellschaft ist der Grad der weiblichen Emanzipation (Freiheit) das natürliche Maß der allgemeinen Emanzipation. Das stimmt vollkommen für die heutige Gesellschaft. Der jetzige Massenkampf um die politische Gleichberechtigung der Frau ist nur eine Äußerung und ein Teil des allgemeinen Befreiungskampfes des Proletariats, und darin liegt gerade seine Kraft und seine Zukunft. Das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht der Frauen würde – dank dem weiblichen Proletariat – den proletarischen Klassenkampf ungeheuer vorwärtstreiben und verschärfen. Deshalb verabscheut und fürchtet die bürgerliche Gesellschaft das Frauenwahlrecht, und deshalb wollen und werden wir es erringen. Auch durch den Kampf um das Frauenwahlrecht wollen wir die Stunde beschleunigen, wo die heutige Gesellschaft unter den Hammerschlägen des revolutionären Proletariats in Trümmer stürzt.“

(Frauenwahlrecht. Hrsg. zum Zweiten Sozialdemokratischen von Clara Zetkin, Stuttgart, 12. Mai 1912, o. O. u. J., S. 8-10)